

JuLis Jena-Weimar verurteilen Hausdurchsuchung von Pfarrer König

Jena. Am Vormittag des 10. August hat die sächsische Polizei Räumlichkeiten des Stadtjugendpfarrers Lothar König in der Johannisstraße im Zusammenhang mit Anti-Nazi-Protesten im Februar in Dresden durchsucht. Die Jungen Liberalen Jena-Weimar verurteilen diese Vorgehensweise auf das Schärfste.

“Nicht genug, dass die sächsischen Polizei mit dem illegalen Abgreifen massenhafter Handydaten den Boden des Grundgesetz verlassen hat, sie tut weiterhin alles um zivilgesellschaftliches Engagement gegen Neonazis zu kriminalisieren, das ist nicht akzeptabel.” so Konrad Erben, Kreisvorsitzender der JuLis Jena-Weimar. Nur durch das breite Engagement über politische und gesellschaftliche Lager hinweg war es in den letzten beiden Jahren möglich den größte Neonaziaufmarsch Europas zu verhindern. “Dem Klima der Einschüchterung, das die sächsische Polizei hier zu verbreiten versucht, muss man durch breite Gesellschaftliche Ablehnung begegnen.”

“Pfarrer König ist eine der herausragenden Persönlichkeiten dieser Stadt und hat mit der Jungen Gemeinde ein Jugendzentrum gestaltet, dass Jugendliche wie kein zweites zu politischem Bewusstsein und Engagement animiert” so Erben abschließend.

(<http://www.jenapolis.de/136450/julis-jena-weimar-verurteilen-durchsuchung-der-raeumlichkeiten-von-stadtjugendpfarrer-koenig/>)

Nach Razzia in Jena : Kirche kritisiert sächsische Polizeiaktion gegen Pfarrer

Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland hat die Razzia der sächsischen Polizei bei dem Jenaer Jugendpfarrer Lothar König scharf kritisiert. Bischöfin Ilse Junkermann erklärte am Donnerstag, die von der Dresdner Staatsanwaltschaft initiierte Aktion vom Mittwoch sei skandalös. Mit der Durchsuchung der Räume und der Beschlagnahme von Datenträgern aus dem Besitz des Pfarrers werde das Seelsorge-Geheimnis gefährdet. Junkermann deutete an, dass die Kirche das Vorgehen der Polizei und Staatsanwaltschaft aus Sachsen für rechtswidrig hält. Die Präsidentin des Landeskirchenamtes der EKM, Brigitte Andrae, sprach von einem gravierenden Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Kirche.

Ermittlungen im Zusammenhang mit Anti-Nazi-Demo in Dresden

Am Mittwochmorgen hatten sächsische Polizisten in Jena die Räume des Pfarrers durchsucht und unter anderem Computer und CDs beschlagnahmt. Außerdem nahmen sie einen Lautsprecherwagen der Jungen Gemeinde Jena mit. Nach Angaben der Dresdner Staatsanwaltschaft stand die Aktion im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen König wegen des Verdachts des aufwieglerischen Landfriedensbruchs. König soll am 19. Februar in Dresden Teilnehmer von Protestaktionen gegen einen Nazi-Aufmarsch in der Stadt zu Straftaten animiert haben. König weist diese Vorwürfe zurück.

Junkermann erklärte weiter, es sei "zentral für die Arbeit unserer Pfarrer, dass sich ihnen Gläubige und auch andere Menschen anvertrauen können, ohne die staatliche Kenntnisnahme befürchten zu müssen". Dieses Interesse sei verfassungsrechtlich geschützt. Andrae kritisierte, dass kirchliche Räume ohne Vorinformation des Dienstherrn durchsucht worden seien und dass während der Aktion Vertretern der Kirche der Zugang zu den Räumen des Pfarrers verwehrt worden sei. Es stehe aber auch "außer Frage, dass die Polizei ihrer Ermittlungspflicht nachzukommen hat".

Justizminister Poppenhäger zeigt sich irritiert

Thüringens Justizminister Holger Poppenhäger (SPD) äußerte am Donnerstag Bedenken gegen das Vorgehen der sächsischen Polizei. Es sei fraglich, ob die Thüringer Behörden im erforderlichen Maße eingebunden waren, sagte er. Die Jenaer Polizei hätte so rechtzeitig informiert werden müssen, "dass sie ihre Einwände vorbringen und diese berücksichtigt werden können". Die örtliche Polizeidirektion hatte nach eigenen Angaben erst nach Beginn der Razzia von der Polizeiaktion erfahren. Poppenhäger wunderte sich zudem, warum die sächsische Polizei kein Amtshilfeersuchen gestellt hat. Er forderte die Behörden in Dresden auf, "schnellstmöglich und umfassend" für eine Aufklärung zu sorgen.

Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Dresden rechtfertigte das Vorgehen seiner Behörde am Donnerstag mit dem Gerichtsverfassungsgesetz. Auf dessen Grundlage könne man im gesamten Bundesgebiet tätig werden. Eine Einbeziehung anderer Behörden sei in diesem Fall nicht notwendig gewesen. Die Polizei in Jena und die Staatsanwaltschaft Gera seien über die Durchsuchung

informiert worden.

Ramelow will Untersuchungskommission

Kritik an der sächsischen Polizeiaktion, die ohne Wissen des Thüringer Innenministeriums vonstatten ging, kam am Donnerstag auch aus Parteien und Gewerkschaften. Der Chef der Thüringer Linke-Landtagsfraktion, Bodo Ramelow, will das Handeln der sächsischen Justiz von einer unabhängigen Kommission untersuchen lassen. Diese müsse alle Fehlleistungen der sächsischen Behörden im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Naziaufmärsche im Februar 2010 und 2011 in Dresden nachgehen, sagte Ramelow. In das Gremium sollten anerkannte Experten auf dem Gebiet des Datenschutzes und der Bürgerrechte berufen werden. Ramelow verwies auf die Erfassung der Telefondaten von Tausenden Menschen, die sich an Gegendemonstrationen zu den Nazi-Aufmärschen beteiligt hatten. Die Durchsuchung bei König bezeichnete Ramelow als Versuch, Demonstranten einzuschüchtern.

Auch die Landesverbände der SPD-Jugendorganisation "Jusos" von Sachsen und Thüringen verurteilten am Donnerstag den "Auslandseinsatz" der sächsischen Polizei. Die Gewerkschaft ver.di sprach von einer skandalösen Hausdurchsuchung. Der Bezirksleiter für Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt, Thomas Voß, sagte, es sei "ein kaum zu übertreffender Willkürakt der sächsischen Beamten", dass die Razzia ohne das Wissen der Thüringer Behörden erfolgt sei.

Zuletzt aktualisiert: 11. August 2011, 18:50 Uhr

(<http://www.mdr.de/thueringen/ost-thueringen/razziakoenig102.html>)

Von Hendrik Lasch, Dresden [11.08.2011](#) / [Inland](#)

Razzia in Jena: Sachsens Polizei ist nichts heilig

Durchsuchung bei Stadtjugendpfarrer wegen Demo am 19. Februar / Nachspiel in beiden Landtagen angekündigt

Sächsische Polizisten haben gestern die Wohnung des Jenaer Stadtjugendpfarrers durchsucht. Der Vorwurf: aufwieglerischer Landfriedensbruch. Die Ermittlungsmethoden rund um den 19. Februar werden nun auch in Thüringen ein Fall für den Landtag.

»Das sind SED-Methoden! Mein Glaube an den Rechtsstaat ist erschüttert!« – mit diesen Worten zitierte der »Spiegel« vorige Woche Lothar König, Stadtjugendpfarrer in Jena. Der 57-Jährige geriet bei den Ermittlungen rund um die Antinazi-Proteste am 19. Februar ins Visier Dresdner Ermittler, die derzeit wegen der massenhaften Abfrage von Handydaten unter Druck stehen. Diese Affäre war Anlass für den »Spiegel«-Artikel mit dem Titel »Die Härte des Systems«.

Die bekam König gestern umgehend zu spüren: Morgens wurde seine Dienstwohnung samt Amtszimmer von etwa 30 sächsischen Polizisten stundenlang durchsucht; das Gebäude der Jungen Gemeinde wurde abgeriegelt. Das Thüringer Innenministerium hatte nach eigenen Angaben keine Kenntnis von der Aktion; die Thüringer Polizei war nicht einbezogen. Die Erfurter LINKE-Innenexpertin Martina Renner warf den sächsischen Beamten vor, in »rechtsstaatswidriger und absolutistischer Gutsherrenmanier« gehandelt, Kompetenzen überschritten und Befugnisse der Behörden eines anderen Bundeslandes ignoriert zu haben. Genaueres soll eine gestern beantragte

Sondersitzungen von Landtagsgremien erhellen. Auch die Grünen wollen ein parlamentarisches Nachspiel – in beiden Ländern.

König selbst war bei der Razzia nicht anwesend; er ist seit Montag im Urlaub in Italien, sagte Katharina König, Tochter des Pfarrers und LINKE-Landtagsabgeordnete, dem ND. Sie hatte über Twitter von der Aktion berichtet. Ihr wurde der Zutritt erlaubt, im Gegensatz zu weiteren Abgeordneten von LINKE und den Grünen. »Ganzes Treppenhaus voll Polizei«, schrieb sie und: »Der blaue Lauti ist beschlagnahmt.« Gemeint ist ein Lautsprecherwagen. Generell sei es um die »Sicherstellung von Kommunikations- und Tatmitteln« gegangen, zitiert der MDR einen Sprecher der Polizei. Diese wirft dem Pfarrer demnach »aufwieglerischen Landfriedensbruch« vor. Laut Staatsanwaltschaft soll König aus einem Lautsprecherwagen Demonstranten zu Gewalt gegen Polizisten angestachelt haben.

Derlei Anschuldigungen müssten alle, die König kennen, für unsinnig halten, erklärt Kerstin Köditz, Landtagsabgeordnete der LINKEN in Dresden. Für den Vorwurf sei es notwendig, dass der Beschuldigte Ausschreitungen absichtlich aktiv fördere. König sagte gestern der Agentur dpa, er habe am 19. Februar »Jugendliche begleitet in der Hoffnung, schlimme Auseinandersetzungen oder gar Angriffe auf Personen zu verhindern«.

Köditz attestiert der sächsischen Polizei, deren Vorgehen nehme »wahnwitzige« Züge an. Gegen die Dresdner Polizeidirektion müsse eigentlich wegen der »Bildung einer kriminellen Vereinigung« ermittelt werden, sagte sie unter Anspielung auf Polizeiermittlungen gegen Linksradikele, die Auslöser der Handyaffäre waren. Die LINKE verlangt Auskünfte von Innenminister Markus Ulbig (CDU) und macht weitere Schritte von deren Gehalt abhängig. SPD-Innenpolitiker Henning Homann fragte sarkastisch, ob die Polizei nun den »Kampf gegen die extremistische evangelische Kirche« führe.

Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland nannte das Vorgehen der Polizei »unangemessen«. Vize-Landesbischof Hans Mikosch wies auf die »Gefahr der Verletzung des Seelsorge-Geheimnisses« hin. Die Junge Gemeinde Jena rief für gestern nachmittag zu einer Protestaktion auf.

»Nach illegalen Stürmungen von Partei- und Anwaltsbüros in Dresden trifft es nun auch Kirchenräume in anderen Bundesländern. Der Kreuzzug gegen vermeintliche Linksextreme wird in Richtung Westen ausgeweitet, ohne die zuständigen Behörden in Thüringen zu informieren«, kommentierte Franziska Radtke, Sprecherin des Bündnisses »Dresden Nazifrei!«, das Vorgehen der Polizei.

Der Rechtsextremismus-Experte David Begrich vom Verein »Miteinander« in Magdeburg attestierte den Dresdner Ermittlern indes ein »Gespür für bildhafte Inszenierungen mit historischem Bezug«: Die Razzia erinnere an das Vorgehen der DDR-Sicherheitsorgane gegen die kirchliche Opposition gerade in Jena. Die Vorwürfe gegen König, fügte er an, seien »infam, dumm, absurd und ungeheuerlich«.

(<http://www.neues-deutschland.de/artikel/204158.razzia-in-jena-sachsens-polizei-ist-nichts-heilig.html>)

PM 117 — 11.08.2011

Landesbischöfin und Kirchenamts-Präsidentin protestieren gegen Vorgehen der sächsischen Polizei

"Schutz des Seelsorge-Geheimnisses ist gefährdet"

Unmittelbar nach Rückkehr aus ihrem Urlaub äußert sich Ilse Junkermann, Landesbischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM), bestürzt über das Vorgehen der sächsischen Polizei gegen Stadtjugendpfarrer Lothar König am 10. August 2011 in Jena:

"Die Durchsuchung des Dienstzimmers von Stadtjugendpfarrer König und die Beschlagnahmung von Datenträgern, die dienstliche und damit auch seelsorgerliche Belange betreffen können, ist skandalös. Es ist zentral für die Arbeit unserer Pfarrer, dass sich ihnen die Gläubigen und auch andere Menschen anvertrauen können, ohne die staatliche Kenntnisnahme befürchten zu müssen. Dieses Interesse ist verfassungsrechtlich geschützt. Die Religionsfreiheit und die Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes verbieten es, dass Unterlagen im Zusammenhang mit seelsorgerlichen Informationen dem Staat zur Kenntnis gelangen oder auch nur gelangen können. Die Mitnahme des im Dienstzimmer befindlichen Computers und weiterer Unterlagen lässt die staatliche Kenntnisnahme von seelsorgerlichen Daten befürchten und hat daher zumindest den dringenden Verdacht rechtswidrig zu sein.

Wenn es möglich ist, so schnell das Seelsorge-Geheimnis zu gefährden, kann sich niemand mehr im seelsorgerlichen Gespräch sicher sein. Hier stellt sich für mich die Frage nach der Verhältnismäßigkeit. Lothar König steht wie jeder Pfarrer in der Ausübung seines Dienstes unter dem Schutz und der Fürsorge der Kirche."

Die Präsidentin des Landeskirchenamtes, Brigitte Andrae, hebt insbesondere den gravierenden Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Kirche hervor. Sie erklärte:

"Kirchliche Räume wurden ohne Vorinformation oder wenigstens Information des Dienstherrn durchsucht. Die kirchlich Verantwortlichen wurden nicht von den Behörden informiert. Es ist nicht zu erkennen, dass unmittelbare Gefahr in Verzug bestand. Kirchlichen Vertretern wurde der Zutritt verwehrt.

Für höchst bedenklich halte ich die Missachtung des besonderen Vertrauensschutzes, den kirchliche Räume und Amtsträger sowie Menschen, die diese aufsuchen, nach unserer Verfassung genießen. Es ist für mich nach dem jetzigen Informationsstand nicht zu erkennen, dass die Polizei und die Staatsanwaltschaft diesen Vertrauensschutz im Blick hatten. So stellen wir die Frage: Wie können die Verantwortlichen ausschließen, dass durch die gestrige Aktion die Rechte Dritter verletzt wurden und werden? Als Landeskirche protestieren wir gegen diese Vorgehensweise und fordern eine Klärung dieser Fragen."

Für Landesbischöfin wie Präsidentin stehe außer Frage, dass die Polizei ihrer Ermittlungspflicht nachzukommen hat. Gewalt sei von keiner Seite aus zu rechtfertigen. Gerade deshalb sei in besonderer Weise abzuwägen, wie die Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit geschützt werden können. Menschen sollen nicht abgeschreckt, vielmehr ermutigt werden, diese als grundlegende demokratische Rechte wahrzunehmen.

(<http://www.ekmd.de/aktuellpresse/pm/tlk/12595.html>)

Durchsuchung der sächsischen Polizei bei Thüringer Jugendpfarrer in Jena

(11.08.2011) — epd

Jena (epd). Die sächsische Polizei hat am Mittwoch in Jena die Diensträume und die Privatwohnung des evangelischen Jugendpfarrers Lothar König durchsucht.

Nach Angaben der Dresdner Staatsanwaltschaft gehörte die fünfstündige Polizeiaktion im benachbarten Thüringen zu Ermittlungen wegen "aufwieglerischen Landfriedensbruchs" bei Protestaktionen gegen einen Nazi-Aufmarsch am 19. Februar in Dresden. Das Innenministerium in Erfurt wurde nach Angaben eines Sprechers erst unmittelbar vor der Aktion informiert.

Die evangelische Kirche sowie Landespolitiker aus Thüringen und Sachsen haben die Durchsuchungen heftig kritisiert. Am Nachmittag versammelten sich mehr als hundert Menschen in Jena zu einer Protestkundgebung. Zu den Rednern am Gebäude der Jungen Gemeinde Stadtmitte, das während der Durchsuchung von etwa 30 Polizeibeamten komplett abgeriegelt worden war, gehörte auch Jenas Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD). Er hatte sich bei den Protestaktionen in Dresden gemeinsam mit König um Deeskalation bemüht.

Der Geraer Regionalbischof und stellvertretende Landesbischof der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM), Hans Mikosch, bezeichnete die am frühen Morgen begonnene fünfstündige Polizeiaktion als "unangemessen". Er hätte zumindest erwartet, dass die Polizei die geplante Aktion im Einvernehmen mit den Vorgesetzten des Pfarrers durchführt, betonte Mikosch. Er sagte König, der gegenwärtig im Ausland in Urlaub ist, seitens der mitteldeutschen Landeskirche "den nötigen Rechtsbeistand" zu.

(<http://www.ekmd.de/aktuellpresse/nachrichten/12592.html>)

Hausdurchsuchung in Jena

Jetzt gibt's Emotionen

Nachdem sächsische Polizisten in Thüringen das Haus eines Pfarrers durchsuchten, kocht die Wut hoch. Thüringens SPD-Chef fordert eine Stellungnahme von S. ERB & M. KAUL

BERLIN *taz* | Nach der [Durchsuchung der Wohnräume eines Jugendpfarrers](#) in Jena (Thüringen) durch sächsische Polizisten eskaliert der Streit um den Einsatz. Der thüringische Justizminister Holger Poppenhäger (SPD) beklagte am Donnerstag ein "großes Informationsdefizit". Es sei fraglich, ob die Thüringer Behörden "im erforderlichen Maße eingebunden waren", sagte er.

Zudem warf Poppenhäger die Frage auf, warum aus Sachsen kein Amtshilfeersuchen an Thüringen kam. Er fordert, dass nun beide Landesregierungen "ganz schnell aufklärende Gespräche führen, damit in Zukunft solche Vorgänge ausgeschlossen sind."

Am Mittwoch waren sächsische Polizisten auf Geheiß der Dresdner Staatsanwaltschaft (Sachsen) nach Thüringen gefahren, um dort das Haus des Pfarrers Lothar König zu durchsuchen, der in Jena seit Jahren gegen Rechtsextremismus aktiv ist und dabei auch mit Jugendlichen aus der linksautonomen Szene zusammenarbeitet. König wird vorgeworfen, am 19. Februar in Dresden einen Lautsprecherwagen zur Verfügung gestellt zu haben, von dem aus zu Straftaten aufgerufen wurde. Gegen König ermittelt die Dresdner Staatsanwaltschaft auch wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung.

Für ihren umfassenden Ermittlungsstil steht die Dresdner Staatsanwaltschaft seit Monaten in der Kritik, unter anderem weil sie im Rahmen einer [Großdemo zehntausende personenbezogener Daten erfasst](#) hatte. Die evangelische Landeskirche in Thüringen sowie viele Politiker hatten die Durchsuchungsmaßnahme am Mittwoch heftig kritisiert.

Dresdner Staatsanwaltschaft verteidigt den Einsatz

Kritik kam am Donnerstag auch von Thüringens stellvertretendem Ministerpräsident und SPD-Landeschef Christoph Matschie. "Das Vorgehen der sächsischen Behörden ist wirklich fragwürdig, da es keinerlei Absprachen mit thüringischen Behörden gegeben hat", sagte er der *taz*. Auch er forderte die sächsische Landesregierung auf, zu dem Vorgehen Stellung zu nehmen.

Der Sprecher der Dresdner Staatsanwaltschaft, Jan Hille, verteidigte unterdessen am Donnerstag den Einsatz. Er beruft sich auf die Strafprozessordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz.

Demnach dürfe die Staatsanwaltschaft bundesweit ermitteln und dazu auch sächsische Polizisten in andere Bundesländer schicken. Hille greift zugleich die Kritiker an. Der Rechtsstaat müsse sich bedroht fühlen, wenn Politiker versuchten, Einfluss auf laufende Ermittlungen zu nehmen.

"Das was sich im Moment einige Politiker und interessierte Medien an Vorwürfen gegen die Staatsanwaltschaft Dresden erlauben, kannte ich bisher nur aus der rechtsextremen Ecke oder von Querulanten", sagte Hille der taz. "Wir werden uns von keinem Politiker zu einer Strafvereitelung drängen lassen."

"Mit solchen Feindbildern kommen wir nicht weiter"

Das geht wiederum den Politikern in Thüringen zu weit: Der innenpolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion in Thüringen, Dirk Adams, sagte zur Äußerung der Staatsanwaltschaft: "Wenn die Staatsanwaltschaft Dresden sich durch die Fragen von Abgeordneten behindert fühlt, dann hat die Staatsanwaltschaft ein gestörtes Verhältnis zum Parlamentarismus und den Aufgaben frei gewählter Abgeordneter." Als Abgeordneter in Thüringen sei es seine Pflicht, staatliches Handeln zu bewerten und zu kontrollieren.

Auch Jena Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD), der sich zuvor kritisch zu der "unerhörten Aktion" der sächsischen Behörde geäußert hatte, reagierte empört auf die Äußerung Hilles. "Der Vergleich der Dresdner Staatsanwaltschaft ist völlig unangebracht", sagte Schröter der taz. "Mit solchen Feindbildern kommen wir nicht weiter. Als Demokrat bin ich aber gerne bereit, Herrn Hille zu einem Gespräch nach Jena einzuladen, um mal deutlich zu machen, welches Demokratieverständnis wir hier haben."

Die Polizeidirektion Jena bestätigte unterdessen, sie sei "mit Beginn des Einsatzes" am Mittwoch über die Maßnahme der sächsischen Ermittler informiert worden. Aus dem thüringischen Innenministerium hieß es, das Ministerium sei von der Aktion, an der keine thüringischen Beamten beteiligt gewesen seien, nicht informiert gewesen.

Zur Faktenlage wollte sich ein Sprecher nicht weiter äußern. Staatsanwalt Hille zeigte sich verwundert, dass eine Maßnahme, "die ansonsten gängige Praxis ist", für so viel Wirbel sorgt. Seine Staatsanwaltschaft werde auch weiterhin entschlossen Straftaten aufklären, sagte Hille. Das gelte für rechte Gewalttäter – aber eben auch für linke.

(<http://taz.de/Hausdurchsuchung-in-Jena/!76106/>)

So sahen Augenzeugen die Durchsuchung bei Pfarrer König

Mittwoch, Jena, Innenstadt, ab 6 Uhr früh: Ein Trupp sächsischer Polizei durchsucht die Wohnung von Jugendpfarrer Lothar König und beschlagnahmt den Kleinbus der Jungen Gemeinde - und im nahe gelegenen Kaffeehaus gibt es nur ein Thema. Eindrücke von einem Morgen voller Fragen. Jena. Das Jenaer Kaffeehaus öffnet früh seine Pforten. Ein Frühstücksgeheimtipp! Beliebt ist der tolle Blick in die stets belebte Johannisstraße. Klatsch und Tratsch bei Stachelbeer-Baiser-Torte, während draußen die Menschen durch die Straßen hetzen. Gestern morgen aber war am Fenster kein Platz mehr frei.

Reingelassen wird niemand

Hammses schon gehört? Hammses auch gesehen? Ja, schon immer habe man gewusst, dass der

Pfarrer König was zu verbergen habe! Autos in Blau und Weiß dominieren plötzlich, die Staatsmacht hat die sonst allzeit belebte Johannisstraße abgeriegelt. Das Haus der Jungen Gemeinde ist das Ziel. Reingelassen wird keiner. Der morgendliche Weg zur Arbeit wird so zur großen Schau.

Gegen sechs Uhr startete die Aktion der Polizei, gerade als die ersten Lichter im Kaffeehaus angehen, die noch warmen Semmeln angeliefert werden. Ratzfatz sei es gegangen. Von allen Seiten seien die sächsischen Beamten eingefallen. Bösen Blickes wird jeder abgewiesen, egal, ob Politiker oder Presse.

Die TLZ im Zeitungshalter liegt auf dem Tisch der Kaffeehaus- Gäste. Die Randalen von London sind ein Top-Thema. Hier, sagt einer und tippt auf einen Artikel über die Ausschreitungen in der britischen Hauptstadt, jetzt haben wir bestimmt bald auch ein bisschen England in Jena. Kopfschütteln. Nein, der Zeitpunkt der Aktion sei wenig sensibel gewählt worden. Was hatter denn gemacht, der König? - Wahrscheinlich nüscht!

Ungläubiges Staunen

Ungläubig staunend stehen einige vor der Polizeiabsperrung. Viele bleiben stehen, schauen mit an, wie die Beamten nach und nach Material aus dem JG-Haus schleppen. Dann fährt auch noch ein Schlepper vor: Der alte Transporter der JG wird aufgebuckelt und weggeschafft.

Noch lange fährt die Polizei Patrouille. Man weiß ja nie. Im Kaffeehaus gibt's kein anderes Thema: Hammes schon gehört? Hammes auch gesehen?

Michael Ulbrich / 11.08.11 / TLZ

(<http://www.otz.de/startseite/detail/-/specific/So-sahen-Augenzeugen-die-Durchsuchung-bei-Pfarrer-Koenig-1043082316>)

Landesbischöfin kritisiert Razzia bei Pfarrer

Donnerstag, 11. August 2011, 17:41 Uhr

Erfurt/Dresden (dpa) - Die Landesbischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, Ilse Junkermann, hat gegen die Polizeirazzia beim Jenaer Jugendpfarrer Lothar König protestiert. Die Beschlagnahmung von Datenträgern, die seelsorgerische Belange betreffen könnten, sei skandalös, erklärte Junkermann am Donnerstag. «Es ist zentral für die Arbeit unserer Pfarrer, dass sich Menschen ihnen anvertrauen können, ohne die staatliche Kenntnisnahme befürchten zu müssen.» Am Mittwoch hatten Polizisten die Wohnung des bekannten Jugendpfarrers durchsucht. Ihm wird «aufwieglerischer Landfriedensbruch» vorgeworfen, nachdem er an Demonstrationen gegen Neonazi-Aufmärsche in Dresden teilnahm.

(<http://www.bild.de/regional/dresden/dresden-regional/landesbischoefin-kritisiert-razzia-bei-pfarrer-19353090.bild.html>)

Nach Razzia bei Jugendpfarrer in Jena : Linke und Grüne wollen politische Bewertung von Polizeieinsatz

Die Linke-Fraktion im Thüringer Landtag will die Razzia sächsischer Polizisten am Mittwoch beim evangelischen Jugendpfarrer in Jena zum Thema im Parlament machen. Wie die Fraktion am Freitag mitteilte, hat sie eine Sondersitzung des Landtags-Justizausschusses beantragt. Vom Thüringer Justizministerium werde "eine weitere kritische und umfassende Untersuchung und präzise rechtliche Bewertung zu den skandalösen Vorgängen in Jena erwartet", hieß es.

Die Staatsanwaltschaft Dresden ermittelt gegen den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König wegen des Vorwurfs des aufwieglerischen Landfriedensbruchs. Der Geistliche soll am 19. Februar in Dresden Teilnehmer von Protestaktionen gegen einen Nazi-Aufmarsch in der Stadt zu Straftaten angestiftet haben. König weist diese Vorwürfe zurück. Im Rahmen der Ermittlungen hatten sächsische Polizisten am Mittwoch Büro- und Wohnräume des Pfarrers in Jena durchsucht.

Politischer Streit in Sachsen über den Vorfall

Das führt auch zu Diskussionen in der sächsischen Landespolitik. Die schwarz-gelbe Koalition verteidigte am Freitag das Vorgehen bei der Suche nach Straftätern am Rande einer Demonstration in Dresden. CDU-Fraktionschef Steffen Flath findet es "unerträglich, wie mittlerweile polizeiliche Ermittlungsarbeit öffentlich diskreditiert wird".

Ansonsten hagelte es Kritik: Die Linksfraktion beantragte eine Sondersitzung des Verfassungs- und Rechtsausschusses für die kommende Woche. Die SPD forderte Justizminister Jürgen Martens (FDP) auf, die Sommerpause zu beenden und Position zu beziehen. SPD-Partei- und Fraktionschef Martin Dulig sprach von einer bedenklichen Machtdemonstration der sächsischen Staatsregierung im Nachbarland. Grünen-Fraktionschefin Antje Hermenau erklärte: "In ihrem Verfolgungseifer vertraut die Dresdner Staatsanwaltschaft noch nicht einmal den Thüringer Kollegen."

Thüringer Landesbischöfin spricht von Skandal

Die evangelische Thüringer Landesbischöfin Ilse Junkermann nannte das Vorgehen der sächsischen Staatsanwaltschaft in einer Erklärung am Donnerstag als skandalös bezeichnet. Sie sprach von einem gravierenden Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Kirche. Thüringens Justizminister Holger Poppenhäger (SPD) bemängelte ebenfalls am Donnerstag, dass die Thüringer Behörden nicht im Vorfeld von der Aktion informiert worden seien und dass die sächsischen Ermittlungsbehörden kein Amtshilfe-Ersuchen an Thüringen gestellt hätten.

Das CDU-geführte Innenministerium in Thüringen hat sich mit Stellungnahmen zu dem Fall bislang zurückgehalten. Ein Sprecher hatte am Mittwoch lediglich mitgeteilt, dass man von der Aktion der Sachsen keine Kenntnis gehabt habe. Am Donnerstag hieß es dann, man habe sich mit dem sächsischen Innenministerium darauf verständigt, die Aktion nicht als Polizeieinsatz zu werten, sondern als Einsatz für die Justiz. Damit wären dann die beiden Justizministerien zuständig.

Grüne: Auch Bundesregierung soll sich mit dem Fall befassen

Auch aus den Reihen der Grünen kam am Freitag Kritik an dem Vorgehen der sächsischen Justiz. Die Thüringer Abgeordnete und Vizepräsidentin des Bundestages, Katrin Göring-Eckhardt, sprach von einer "mehr als fraglichen" Polizeiaktion. Der sächsischen Polizei attestierte sie ein "sehr eigenes Verständnis von Rechtsstaatlichkeit". Das Vorgehen der Polizei und die Koordination zwischen den Beteiligten aus Thüringen und Sachsen bedürfe dringend einer genauen Untersuchung.

Aufklärung darüber verlangen Göring-Eckardt und ihre sächsische Fraktionskollegin Monika Lazar auch von der Bundesregierung. In einer Anfrage an diese wollen die beiden Abgeordneten unter anderem Antwort auf die Frage, inwieweit die Durchsuchung einer Pfarrerdienstwohnung und des zugehörigen Amtszimmers mit dem Schutz des Seelsorge-Geheimnisses vereinbar ist. Göring-Eckardt ist als Präses der EKD-Synode auch eine der ranghöchsten Vertreterinnen der evangelischen Kirche in Deutschland.

Die Vorsitzende der Grünen-Landtagsfraktion in Thüringen, Anja Siegesmund, forderte Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) auf, zu dem Vorfall Stellung zu nehmen. "Hält es die Ministerpräsidentin etwa für demokratisch legitim, dass die Wohnung eines Pfarrers durchsucht und damit womöglich das Seelsorgegeheimnis verletzt wird?", erklärte sie.

Zuletzt aktualisiert: 12. August 2011, 20:24 Uhr

(<http://www.mdr.de/thueringen/ost-thueringen/razziakoenig104.html>)

Kirche protestiert gegen Polizeieinsatz bei Thüringer Jugendpfarrer König

(12.08.2011) — epd

Erfurt/Jena/ Dresden (epd). Die mitteldeutsche Kirche hat nachdrücklich gegen den Polizeieinsatz sächsischer Beamter gegen den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König protestiert.

Zugleich forderte sie von den Dresdner Behörden eine umgehende Klärung ihres "gravierenden Eingriffs" in das Selbstbestimmungsrecht der Kirche. Die Durchsuchung des Dienstzimmers und die Beschlagnahme von Datenträgern mit dienstlichen "und damit auch seelsorgerlichen Belangen" sei "skandalös", betonte Landesbischöfin Ilse Junkermann am Donnerstag unmittelbar nach der Rückkehr aus ihrem Urlaub.

Die fünfstündige Aktion der sächsischen Polizei ohne Einbeziehung von Thüringer Behörden hatten Kirche und Politiker aus beiden Bundesländern bereits am Mittwoch scharf kritisiert. Junkermann betonte, für die Arbeit der Pfarrer sei es von zentraler Bedeutung, dass sich ihnen Menschen anvertrauen können, "ohne die staatliche Kenntnisnahme befürchten zu müssen". Dieses Interesse sei verfassungsrechtlich geschützt. "Die Religionsfreiheit und die Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes verbieten es, dass Unterlagen im Zusammenhang mit seelsorgerlichen Informationen dem Staat zur Kenntnis gelangen oder auch nur gelangen können."

Die Mitnahme des Computers und von Unterlagen aus dem Dienstzimmer "lässt die staatliche Kenntnisnahme von seelsorgerlichen Daten befürchten und hat daher zumindest den dringenden Verdacht, rechtswidrig zu sein", bekräftigte die Bischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland. Für sie stelle sich "die Frage nach der Verhältnismäßigkeit", betonte Junkermann. "Lothar König steht wie jeder Pfarrer in der Ausübung seines Dienstes unter dem Schutz und der Fürsorge der Kirche."

(<http://www.ekmd.de/aktuellpresse/nachrichten/12601.html>)

Pressemitteilung zu Durchsuchungen der Wohnung von Lothar König und den Räumen der JG-Stadtmitte

Pressemitteilung des Landesjugendkonventes der evangelischen Kirche Mitteldeutschlands

Der Landesjugendkonvent der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands kritisiert scharf die Handlungen der Staatsanwaltschaft Dresden und der sächsischen Polizei. Diese durchsuchten am Morgen des 10.08.11 die Dienst- und Wohnräume des Stadtjugendpfarrers Lothar König, sowie die Räumlichkeiten der örtlichen Jungen Gemeinde. Die Durchsuchung wurde in Vorbereitung einer Ermittlung gegen den Stadtjugendpfarrer wegen angeblichem „aufwieglerischen Landfriedensbruch“ durchgeführt.

Ilse Junkermann, Landesbischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM), sah in der Aktion eine besondere Gefährdung des seelsorgerischen Vertrauensschutzes: *„Die Durchsuchung des Dienstzimmers von Stadtjugendpfarrer König und die Beschlagnahmung von Datenträgern, die dienstliche und damit auch seelsorgerliche Belange betreffen können, ist skandalös. Es ist zentral für die Arbeit unserer Pfarrer, dass sich ihnen die Gläubigen und auch andere Menschen anvertrauen können, ohne die staatliche Kenntnisnahme befürchten zu müssen. Dieses Interesse ist verfassungsrechtlich geschützt. Die Religionsfreiheit und die Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes verbieten es, dass Unterlagen im Zusammenhang mit seelsorgerlichen Informationen dem Staat zur Kenntnis gelangen oder auch nur gelangen können. Die Mitnahme des im Dienstzimmer befindlichen Computers und weiterer Unterlagen lässt die staatliche Kenntnisnahme von seelsorgerlichen Daten befürchten und hat daher zumindest den dringenden Verdacht rechtswidrig zu sein.“*

Aus Sicht des Landesjugendkonventes stellen die Maßnahmen einen unsinnigen Einschüchterungsversuch gegen zukünftige zivilgesellschaftliche Aktionen gegen Rechts dar. Daher solidarisiert er sich mit Pfarrer König und der Jungen Gemeinde vor Ort. *„Die Beschlagnahmung des Busses und anderer Materialien ein halbes Jahr nach dem 19. Februar ist ein vollkommen übertriebener Akt der sächsischen Polizei. Die friedlichen Aktionen vor Ort sollen so als Straftaten umgedeutet werden.“*, äußerte sich Jacob Beuchel (Landesjugendkonvent der EKM) zum Vorgehen der Behörden.

Viele Menschen beteiligen sich an Blockaden und Demonstrationen, um friedlich der Ausbreitung des Nationalsozialismus entgegenzuwirken. Unter ihnen befinden sich auch Mitglieder der Evangelischen Jugend. Diese friedlichen Demonstrationen sollen nun nachträglich rechtliche Folgen haben, um Engagierte von der zukünftigen Beteiligung an ähnlichen Aktionen abzuhalten. Der Landesjugendkonvent fordert auf, sich engagiert an friedlichen zivilgesellschaftlichen Aktionen gegen den Rechtsextremismus zu beteiligen. Er fordert darüber hinaus das sofortige Ende der Ermittlungen gegen Pfarrer König und wünscht allen Beteiligten vor Ort in Jena Kraft und Stärke, diese Ermittlungen schnell und unbeschadet zu überstehen.

Der Landesjugendkonvent

(die Vertretung der Evangelischen Jugend der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands)

<http://www.evangelischejugend.de/ljknow.document.html?id=2911>

Sächsische Ermittlungen

"Das sind Alarmsignale"

Erst kam die Datenaffäre, dann eine forsche Hausdurchsuchung. Jetzt warnt Thüringens SPD-Chef Christoph Matschie vor einer Kultur der Angst in Ostdeutschland.

taz: Herr Matschie, Sie kritisieren die sächsische Staatsanwaltschaft, weil diese in Thüringen das Haus eines Pfarrers durchsuchen ließ. Warum nehmen Sie Einfluss auf Ermittler, die Straftaten aufklären wollen?

Christoph Matschie: Ich will keinen Einfluss auf Ermittler nehmen. Ich nehme aber verwundert zur Kenntnis, dass Sachsens Behörden Hausdurchsuchungen in Thüringen vornehmen, ohne dass das mit irgendeiner Thüringer Behörde abgestimmt ist. Das ist ein sehr seltsames Vorgehen.

Natürlich dürfen Staatsanwaltschaften zur Aufklärung von Straftaten auch bundesweit ermitteln. Die Staatsanwaltschaft versteht Ihre Empörung nicht.

Üblich ist, dass Behörden sich in solchen Fragen länderübergreifend abstimmen. Und was die Interpretationen der Dresdner Ermittlungsbehörden angeht, bin ich kritisch. Zuletzt haben wir erlebt, dass diese bei Großdemonstrationen massenhaft Handydaten erheben ließ. Ich erwarte, dass solche Methoden nicht einfach nach Thüringen exportiert werden, sondern sich die Behörden hierzu absprechen, wie es sich gehört. Deshalb muss die sächsische Landesregierung uns nun sagen, was hier gelaufen ist.

Verstehen Sie, dass die sächsischen Ermittler gerne mal aufhören würden, jeden Ermittlungsschritt rechtfertigen zu müssen?

Gerade dann ist es doch wichtig, dass sie sensibel vorgehen. Wer gute Gründe für eine Hausdurchsuchung in einem anderen Bundesland hat, muss sie nicht in einer überfallartigen Nacht- und-Nebel-Aktion durchziehen, wie es jetzt in Jena geschehen ist. Dadurch entsteht doch erst Empörung.

Würden Sie sich auch so aufregen, wenn Lothar König kein linker Pfarrer wäre, sondern ein arbeitsloser Jugendlicher mit Sympathien für Autonome?

Mir geht es darum, dass ein angemessenes Vorgehen gewährleistet ist, unabhängig vom Status des Beschuldigten. Mittel und Methoden müssen angemessen sein.

Die Staatsanwaltschaft sagt, die Behördenkritik von Politikern wie Ihnen kenne sie bislang "nur aus der rechtsextremen Ecke oder von Querulanten".

Diese Äußerung ist gefährlich. Wenn man das Engagement von Zivilgesellschaft und Politik gegen Rechtsextremismus in die gleiche Ecke stellt wie den Rechtsextremismus selbst, dann ist das nicht mehr akzeptabel. Es muss doch möglich sein, dass wir in unserer Zivilgesellschaft eindeutig Position gegen Rechtsextremismus beziehen können, ohne dass Menschen das Gefühl haben, sie würden eingeschüchtert und kriminalisiert. Genau dies geschieht hier: Warum sonst protestieren in Thüringen die evangelische Kirche, der Oberbürgermeister von Jena? Warum demonstrieren in Jena hunderte von Menschen?

Muss es auch möglich sein wegzuschauen, wenn Rechtsextremisten vermöbelt werden?

Nein, natürlich muss gegen Gewalt immer vorgegangen werden. Die Bürgerbündnisse, die sich in Dresden und Jena gegen Rechtsextremismus engagieren, haben sich immer klar von Gewalt distanziert. Doch die Strafverfolgung, wie wir sie hier beobachten, erweckt den Eindruck, dass es auch um Einschüchterung geht.

Beobachte ich das richtig: Weil die sächsische SPD so schwach ist, spielen jetzt renommierte SPD-Politiker aus ganz Deutschland Opposition gegen Sachsens konservative Regierung?

Das ist doch Quatsch. Es geht mir nicht um Opposition, sondern um einen konkreten Vorfall. Problematisch daran ist nur, dass er kein Einzelfall zu sein scheint, wie es die massenhafte Handydatenerfassung gezeigt hat. Wenn sich Menschen in Ostdeutschland heute wieder ängstlich fragen, was sie am Telefon bereden dürfen und ob sie überwacht werden, dann ist das doch ein Alarmsignal, das wir nicht ignorieren können.

Christoph Matschie ist 50 Jahre alt und Chef der SPD-Landespartei in Thüringen. Der Politiker ist

als Bildungs- und Wissenschaftsminister in einer schwarz-roten Koalition auch stellvertretender Ministerpräsident.

Die Hausdurchsuchung bei einem Jenaer Jugendpfarrer beschäftigt weiter die Regierungen der beteiligten Länder. Thüringens Justizminister Holger Poppenhäger (SPD) und sein sächsischer Kollege Jürgen Martens (FDP) seien sich in einem Telefonat einig gewesen, dass die Regeln des "Abkommens über die erweiterte Zuständigkeit der Polizei der Länder bei der Strafverfolgung" einzuhalten sind, sagte ein Sprecher von Martens der taz.

Die Polizei darf demnach grundsätzlich "nur im Benehmen mit der zuständigen Polizeidienststelle" in einem anderen Bundesland ermitteln. Die Kollegen müssen also rechtzeitig informiert werden, dem Einsatz aber nicht zustimmen.

Unstrittig ist, dass die sächsischen Polizisten, die am Mittwoch das Haus von Pfarrer Lothar König durchsuchten, ihre Jenaer Kollegen vor Durchsuchungsbeginn informiert haben. Das sei während der Anfahrt passiert, sagte Jan Hille, Sprecher der Dresdner Staatsanwaltschaft.

(<http://taz.de/Saechsische-Ermittlungen-!/76182/>)

Scharfe Kritik an sächsischer Polizei

P.S./cpm. DRESDEN/ERFURT, 12. August. Die Fraktion der Linken im sächsischen Landtag hat eine Sondersitzung des Rechtsausschusses beantragt, um das Vorgehen der sächsischen Polizei gegen den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König zu erörtern.
(FAZ – kostenpflichtiger Beitrag)

»Ein Aufrührer für Demokratie«

Die Hausdurchsuchung beim Jenaer Pfarrer Lothar König weckt Erinnerungen

Am frühen Mittwochmorgen durchsuchte die sächsische Polizei die Wohnung und das Dienstzimmer des Jugendpfarrers Lothar König im thüringischen Jena. Der Vorwurf: »aufwieglerischer Landfriedensbruch« im Zusammenhang mit den Anti-Nazidemonstrations am 19. Februar in Dresden. MARKUS DRESCHER sprach für ND mit DAVID BEGRICH über das Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden.

ND: Dem Jugendpfarrer Lothar König wird vorgeworfen, er habe während der Proteste gegen den alljährlichen Naziaufmarsch in Dresden aus einem Lautsprecherwagen heraus dazu aufgerufen, die Polizei mit Steinen zu bewerfen. Sie kennen Herrn König schon sehr lange, können Sie sich einen derartigen Gewaltaufruf vorstellen?

Begrich: Die knappe Antwort lautet: Nein. Die längere Antwort lautet: Lothar König gehört zu den wichtigsten Impulsgebern der DDR-Opposition und der offenen Jugendarbeit der Evangelischen Kirche. Dieses Engagement für Jugendliche hat er über die Wendezeit hinaus fortgeführt, und er hat sich sehr intensiv mit Friedenspädagogik und Pazifismus beschäftigt. Ich bin absolut davon überzeugt, dass die Vorwürfe gegen Lothar König haltlos sind.

Die Staatsanwaltschaft Dresden scheint sich ihrer Vorwürfe ziemlich sicher zu sein. Immerhin rückte die sächsische Polizei zur Hausdurchsuchung in ein anderes Bundesland ein.

Es steht mir nicht zu, zu beurteilen, wie sie zu ihren Vorwürfen kommt. Ich kann nur sagen, dass ich Lothar König aus der Arbeit in den Netzwerken, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, als jemanden in Erinnerung habe, der mit großer Ruhe, mit großer Beharrlichkeit, mit großer

Nachhaltigkeit für ein langfristiges, gewaltfreies Engagement für Demokratie geworben hat.

Lothar König hatte sich vergangene Woche im »Spiegel« sehr kritisch zum Vorgehen der sächsischen Polizei nach dem 19. Februar geäußert. Eine Woche später erfolgt die Hausdurchsuchung in Jena. Das sieht nicht nach Zufall aus.

Es ist egal, ob das ein Zufall ist oder nicht. Die Hausdurchsuchung und die Form der Inszenierung der Hausdurchsuchung zeigt, dass die Staatsanwaltschaft über keine zeitgeschichtliche Sensibilität im Umgang mit kirchlichen Räumen in den neuen Bundesländern verfügt. Jena war eine der Hochburgen der DDR-Opposition. Die Junge Gemeinde Stadtmitte gibt es seit fast 40 Jahren. Welche öffentliche Wirkung hat es, wenn die Polizei kirchliche Räume umstellt, durchsucht, Abgeordneten und Journalisten zunächst den Zugang verweigert. Das ruft Erinnerungen wach.

An staatliches Vorgehen in der DDR?

Mich haben die Bilder auf den ersten Blick an die Razzia der DDR-Sicherheitsbehörden in der Umweltbibliothek in Berlin 1987 erinnert. Natürlich kann man das nicht direkt miteinander vergleichen, weil Lothar König die Möglichkeit hat, sich anwaltlichen Beistand zu holen. Das hatten die damaligen Akteure nicht. Aber man muss schon sehr deutlich sagen, dass meiner Ansicht nach mit dieser Vorgehensweise der Rubikon bei Weitem überschritten ist.

In Richtung Repression gegen politisch Aktive, die unbequem sind?

Ich finde, dass die ganze Frage tatsächlich vor dem Hintergrund der Kontinuität des politischen Engagements von Lothar König sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik interpretiert werden muss. Ich bin mir absolut sicher, dass Lothar König, genauso wie zu DDR-Zeiten, ein Aufrührer ist, aber nicht ein Aufrufer zu Straftaten, sondern ein Aufrührer für Demokratie und Menschenrechte. Das ist er gewesen und das ist er bis heute. Und wir brauchen solche Menschen wie ihn in diesem Land, weil sonst die Demokratie nicht lebendig ist.

(<http://www.neues-deutschland.de/artikel/204235.ein-aufruehrer-fuer-demokratie.html>)

Nach Nazi-Demo

Autor: Sven Heitkamp | 12.08.2011

Polizeieinsatz bei Pfarrer erregt die Öffentlichkeit

Jugendpfarrer Lothar König soll bei einer Nazi-Demo in Dresden zu Gewalt gegen Polizisten aufgerufen haben. Beamte stürmten seine Wohnung – während er im Urlaub weilte.

Die hohe Geistlichkeit verzichtet normalerweise auf scharfe Kritik an staatlichen Behörden. Jetzt aber scheint Ilse Junkermann, Bischöfin der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands, der Kragen geplatzt zu sein. "Bestürzt" sei sie über das Vorgehen der sächsischen Polizei gegen den Jenaer Stadtjugendpfarrer Lothar König. Die Durchsuchung seiner Dienstwohnung Mitte der Woche und die drohende Verletzung des Seelsorge-Geheimnisses seien "skandalös".

Die Präsidentin ihres Landeskirchenamts, Brigitte Andrae, wird daher Beschwerde beim sächsischen Justizminister Jürgen Martens (FDP) einlegen. Es gehe um die Frage der Verhältnismäßigkeit, es sei "höchst bedenklich", wenn der verfassungsrechtliche Vertrauensschutz für kirchliche Räume und Amtsträger missachtet werde, kritisiert Andrae. Ein ungewöhnlicher Vorgang mit einer ungewöhnlichen Vorgeschichte.

Am Mittwochmorgen gegen sechs Uhr hatten etwa 30 Ermittler der Staatsanwaltschaft Dresden

sowie sächsische Polizisten die Amts- und Wohnräume des Theologen König im thüringischen Jena durchsucht. Sie beschlagnahmten einen Computer, Unterlagen und seinen Dienstwagen, einen alten blauen VW-Bus.

König selbst wandert zurzeit in Tirol. Seine Tochter Katharina, sie ist Landtagsabgeordnete der Linken, sowie zwei Anwälte mussten den Beamten tatenlos zusehen. Einwände wurden ignoriert, sagt Katharina König. Die Staatsanwaltschaft Dresden sieht sich aber im Recht. Sie wirft dem Pfarrer "aufwieglerischen Landfriedensbruch", Nötigung und Strafvereitelung vor.

Als Fahrer und Halter des Kleintransporters soll er während der schweren Krawalle gegen den Neonazi-Aufmarsch am 19. Februar in Dresden zu Gewalt aufgerufen haben. Aus der Lautsprecheranlage auf dem Autodach sei in einer Menschenmenge unter anderem gerufen worden:

"Deckt die Bullen mit Steinen ein", berichtet der Dresdner Staatsanwalt Jan Hille. Daraufhin seien mehrere Steine auf Polizeiwagen geflogen. König soll sogar versucht haben, ein Einsatzfahrzeug von der Straße zu drängen, sowie andere Verdächtige in sein Auto aufgenommen haben. "Wir gehen davon aus, dass Herr König das Fahrzeug geführt hat", sagt Hille.

König behauptet das Gegenteil: Er habe mit dem "Lauti", wie das Gemeindefahrzeug genannt wird, seinen Einfluss geltend machen und zur Deeskalation beitragen wollen. Eigens dazu habe er während der wütenden Proteste eine Kundgebung angemeldet und genehmigt bekommen. Das Wort "Bullen" benutze er nicht, schließlich wolle er keine Feindbilder pflegen.

Durchsuchung gerechtfertigt?

Der Konflikt hat mittlerweile auch die Bundesregierung erreicht: Katrin Göring-Eckardt (Grüne), Bundestags-Vizepräsidentin aus Thüringen und Präses der EKD-Synode, reichte zusammen mit ihrer sächsischen Fraktionskollegin Monika Lazar einen Katalog mit Fragen an die Bundesregierung ein.

Die beiden wollen wissen, ob es bei der Durchsuchungsaktion mit rechten Dingen zugegangen ist, wie es sich dabei mit der Wahrung des Berufsgeheimnisses von Seelsorgern verhielt und ob es öfters vorkomme, dass die Polizei des einen Landes (Sachsen) im anderen Land (Thüringen) autonom aktiv werde.

Über diese Frage, was nämlich die Sachsen in Thüringen zu suchen hatten, streiten nun auch die beiden Freistaaten. Thüringens Justizminister Holger Poppenhäger und Vize-Regierungschef Christoph Matschie (beide SPD) fordern eine Stellungnahme Sachsens. Es sei fraglich, ob "die Thüringer Behörden in erforderlichem Maße eingebunden waren". Sowohl die Innenminister wie die Justizminister beider Länder haben nach Informationen von "Welt Online" in der Sache inzwischen miteinander telefoniert.

Es habe einen richterlichen Beschluss für die Durchsuchung gegeben, betont man in Sachsen, und die Dresdner Staatsanwaltschaft weist darauf hin, dass sie das Recht habe, im gesamten Bundesgebiet tätig zu werden. Es sei weder üblich noch erforderlich, im Vorfeld Genehmigungen einzuholen.

Die sächsische Polizei und Staatsanwaltschaft hätten aber den Leitenden Oberstaatsanwalt in Gera und die Polizei in Jena am Morgen der Durchsuchung informiert. Das Seelsorge-Geheimnis respektiere man, aber es sei möglich, gegen einen Geistlichen zu ermitteln, wenn ihm Straftaten vorgeworfen werden.

Pikanter Zeitpunkt

Allerdings kommt die Aktion zu einem pikanten Zeitpunkt. Erst Anfang des Monats hatte Pfarrer König im "Spiegel" die Ermittlungen der sächsischen Polizei nach den Dresdner Krawallen kritisiert. Besonders monierte er den auch sonst angeprangerten Umstand, dass die Polizei während

der teils brutalen Auseinandersetzungen um die Neonazi-Demo auf beiden Seiten rund eine Million Handydaten erfasste. Sie führt nun mehr als 600 Ermittlungsverfahren, da über 100 Polizisten verletzt wurden.

König sieht sich jedoch diffamiert, wenn er etwa der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verdächtigt werde. "Das sind SED-Methoden. Mein Glaube an den Rechtsstaat ist erschüttert", sagte der 57-Jährige dem "Spiegel". Wenige Tage später standen die Ermittler in Jena vor Königs Tür.

Dicke Stasi-Akte mit Abhörprotokollen

Der schwergewichtige Mann mit dem weißen Rauschebart hat schlimme Erinnerungen an Ermittler, freilich an Ermittler eines anderen Staates. Ende der 80er-Jahre Pfarrer in Merseburg, engagierte er sich mit seiner Jungen Gemeinde gegen die DDR-Staatsmacht und organisierte die Montagsdemos mit.

Eine dicke Stasi-Akte mit Abhörprotokollen stammt aus jener Zeit. Streitbar ist König seither geblieben. Als Jugendpfarrer in Jena führte er nach dem Mauerfall die Junge Gemeinde, die auch zum Anziehungspunkt für Jugendliche der linken Szene wurde, und organisierte Aktionen gegen Rechtsradikale. 1997 wurde er bei einem Neonazi-Überfall schwer verletzt.

Gerüchte um Drogenkonsum

Auch Gerüchte über Drogenkonsum in der Gemeinde sind vor einigen Jahren aufgekommen, doch für eine Polizeirazzia aus diesem Grunde entschuldigte sich später der damalige Innenminister. Bei einer landesweiten Evaluation bekam seine Junge Gemeinde gute Noten, ihre Arbeit wird heute von den einst skeptischen Stadtoberen als führend anerkannt wie auch von Jurys bundesweit angesehener Preise. Seit 2004 sitzt König für eine Fraktion unabhängiger Bürger im Stadtrat.

In seinem Wahlwerbespot sieht man ihn mit dem VW-Bus durch Jena fahren. Der Spruch dazu: "Ein Mann und sein Auto kämpfen gegen das Unrecht." Nach dem Urlaub wird er rechtliche Schritte gegen Sachsen prüfen.

(<http://www.welt.de/politik/deutschland/article13541891/Polizeieinsatz-bei-Pfarrer-erregt-die-Oeffentlichkeit.html>)

Scharfe Kritik an Razzia bei Pfarrer in Jena

Dresden/Erfurt Sachsens Polizei steht wegen ihrer Razzia beim Jenaer Pfarrer Lothar König weiter in der Schusslinie. Am Donnerstag verurteilten die Jungsozialisten den „Auslandseinsatz“ der sächsischen Beamten in Thüringen.

12.08.2011

Der Deutsche Gewerkschaftsbund verlangte eine Entschuldigung bei König. „Nach Handyüberwachung und Diskriminierung friedlicher Demonstranten stellt dieser Polizeieinsatz einen weiteren schweren Angriff auf die Grundrechte von Bürgern dar, die sich gegen neonazistische Ideologien stellen“, sagte verdi-Bezirksleiter Thomas Voß. Der Chef der Linken im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, verlangte eine unabhängige Kommission zur Untersuchung der „sächsischen Fehlleistungen“. „Wer den Aufstand der Anständigen fordert, aber gemeinsames Handeln der Zuständigen verweigert, entmündigt Bürger und beschädigt die wehrhafte Demokratie.“

Mittwoch hatten Polizisten die Wohnung des Pfarrers durchsucht. Ihm wird „aufwieglerischer Landfriedensbruch“ vorgeworfen, nachdem er an Demonstrationen gegen Neonazis teilnahm. König wies die Vorwürfe zurück. Das Thüringer Innenministerium hatte nach eigenen Angaben

keine Kenntnis von der Razzia. Die Polizei in Jena war erst kurz zuvor informiert worden. Laut Erfurter Innenministerium war die Aktion kein Polizeieinsatz, sondern erfolgte im Auftrag der Staatsanwaltschaft Dresden als Einsatz für die Justiz. Daher hätten die sächsischen Polizisten die gleichen Befugnisse wie ihre Thüringer Kollegen gehabt.

(<http://www.lr-online.de/nachrichten/sachsen/Scharfe-Kritik-an-Razzia-bei-Pfarrer-in-Jena;art1047,3454871>)

Reaktionen auf die Durchsuchung bei Pfarrer Lothar König

Vor der Dresdner Staatsanwaltschaft versammelten sich am Donnerstag nachmittag ungefähr 80 Menschen um ihren Unmut und ihr Unverständnis zu äußern. Sie forderten eine Einstellung der Verfahren wegen der angeblichen Bildung einer kriminellen Vereinigung nach § 129 StGB und protestierten gegen die Kriminalisierung antifaschistischen Engagements in Sachsen. Vom Landgericht zogen einige Kundgebungsteilnehmer_innen später spontan über die Albertbrücke zum Alaunplatz. Grund war eine [Razzia am Mittwoch im thüringischen Jena beim dortigen Stadtjugendpfarrer Lothar König](#). Diesem wird [neben der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung](#), die in Sachsen Jagd auf Nazis gemacht haben soll, „aufwieglerischer Landfriedensbruch“ [vorgeworfen](#). So soll aus einer spontan angemeldeten Demonstration am 19. Februar in Dresden zu Steinwürfen aufgerufen worden sein. Am Abend nach der Razzia versammelten sich in Jena bereits 500 Personen und [demonstrierten](#) ihre Solidarität mit Stadtjugendpfarrer König. Der Jenaer Oberbürgermeister sagte auf der Kundgebung vor dem Jugendpfarramt: „Ich stehe heute hier neben Lothar König und neben allen anderen, gegen die sich dieser Versuch der Einschüchterung richtet.“

Die kritischen Stimmen kommen jedoch nicht mehr nur aus den Reihen der Opposition und zivilgesellschaftlicher Initiativen. Auch der thüringische Innenminister Holger Poppenhäger (SPD) [beklagte](#) ein „großes Informationsdefizit“. So lag weder ein Amthilfeersuchen der Sächsischen Beamten vor, noch wurden die thüringischen Behörden im Vorfeld informiert. Die Sächsische Polizei hat ihre Kompetenzen mit dieser Hausdurchsuchung scheinbar weit überschritten.

[Der Skandal um die Funkzellenabfrage](#) tausender Menschen um die Demonstration vom 13. und 19. Februar in Dresden ist nur noch ein Teil der fraglichen Ermittlungsarbeit der Sächsischen Behörden. Nach den Äußerungen Schröters und Poppenhäger zu der aktuellen Durchsuchung in Jena äußerte sich nun auch ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Dresden, Jan Hille und verteidigte das Vorgehen. Der taz sagte er: „Das was sich im Moment einige Politiker und interessierte Medien an Vorwürfen gegen die Staatsanwaltschaft Dresden erlauben, kannte ich bisher nur aus der rechtsextremen Ecke oder von Querulanten“. Die Reaktion erfolgte prompt von Jenas OB Schröter: „Der Vergleich der Dresdner Staatsanwaltschaft ist völlig unangebracht“, sagte Schröter der taz. „Mit solchen Feindbildern kommen wir nicht weiter. Als Demokrat bin ich aber gerne bereit, Herrn Hille zu einem Gespräch nach Jena einzuladen, um mal deutlich zu machen, welches Demokratieverständnis wir hier haben.“

Auch die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus (BAGK&R) fand [scharfe Worte für das Vorgehen der sächsischen Behörden](#). In einer Pressemitteilung nannte man die Unterstellungen der Dresdner Staatsanwaltschaft gegen Lothar König „ungeheuerlich und ehrenrührig“. Das Vorgehen der Sächsischen Polizei „erinnert an das Vorgehen der DDR-Staatsmacht gegen oppositionelle kirchliche Gruppen in der DDR und sind durch nichts zu rechtfertigen“ so ein Sprecher der BAGK&R weiter.

Die Ermittlungen rund um den 13. und 19. Februar nehmen immer größere Ausmaße an. In einem aktuellen [Hintergrundbericht](#) hat die Initiative „Sachsens Demokratie“ das bisherige Ausmaß der Ermittlungen gegen mutmaßliche linke Straftäter zusammengefasst. Dabei geht hervor, dass die Staatsanwaltschaft seit mindestens zwei Jahren ermittelt.

(<http://www.addn.me/antifa/reaktionen-auf-die-durchsuchung-bei-pfarrer-lothar-koenig/>)

Razzia bei Jenaer Jugendpfarrer

Erfurt/Dresden – Eine sächsische Polizeiaktion in Thüringen hat nicht nur erhebliche Kritik bei Landtagsabgeordneten und Kirchenvertretern in Sachsen und Thüringen ausgelöst, sie sorgt auch für Verstimmung unter den Landesregierungen. Klaus Bartl, rechtspolitischer Sprecher der sächsischen Linkspartei, sprach von einem „Amoklauf der Dresdner Polizei“, und der thüringische SPD-Abgeordnete Peter Metz erklärte, die bekannt „zweifelhaften Methoden der sächsischen Justiz dürfen sich nicht auf Thüringen ausweiten“. Die Innenminister der Länder, die beide der CDU angehören, telefonierten am Donnerstag miteinander wegen des Vorfalls. Und der thüringische Kultusminister Christoph Matschie, der zugleich stellvertretender Regierungschef in Erfurt ist, forderte die sächsische Landesregierung auf, „Stellung zum Vorgehen ihrer Polizei“ zu nehmen.

Befremdet von dem Verhalten der Dresdner Polizisten, die am Mittwochmorgen eine Pfarrerswohnung in Jena durchsucht hatten, zeigte sich auch Hans Mikosch, Regionalbischof der evangelischen Kirche in Gera. Er sei „sehr verwundert“, dass die Kirche als Hausherr der durchsuchten Räume nicht zeitgleich über die Aktion informiert worden sei. Die Kirchenleitung erwägt offenbar, rechtliche Schritte zu unternehmen. „Unsere Juristen werden darüber beraten, was zu tun ist“, sagte der Bischof. Kurz nach sechs Uhr hatte ein Einsatzkommando der sächsischen Polizei die Dienstwohnung des Jenaer Jugendpfarrers Lothar König durchsucht; er leitet die Junge Gemeinde in Jena. Die Beamten beschlagnahmten seinen Dienst-Laptop samt Disketten sowie den Dienstwagen.

Er soll mit dem Kirchenfahrzeug
einen Polizeiwagen
abgedrängt haben.

Das thüringische Innenministerium betonte, gar nicht über die sächsische Polizeirazzia in Thüringen informiert worden zu sein. Der Sprecher der Dresdner Staatsanwaltschaft Jan Hille bestätigte, man habe erst „unmittelbar vor Aktionsbeginn“ die örtliche Polizei in Jena informiert. Eine Absprache mit den thüringischen Behörden hielt der Dresdner Staatsanwalt auch für „nicht notwendig“, denn, sagt Hille: „Wir sind eine Bundesrepublik, in der das Strafgesetzbuch gilt.“ Entsprechend gebe es keine Territorialansprüche der jeweiligen Ermittlungsbehörden. Die Staatsanwaltschaft wirft König vor, am 19. Februar 2011 bei einer Demonstration gegen Neonazis zur Gewalt aufgerufen sowie mit dem Kirchenfahrzeug versucht zu haben, einen Polizeiwagen abzudrängen.

König war während der Razzia im Urlaub in Tirol. Zahlreiche Persönlichkeiten in Jena, darunter auch der Oberbürgermeister, stellten sich demonstrativ hinter den Jugendpfarrer. Insgesamt ermittelt die Dresdner Polizei wegen 600 Delikten im Zusammenhang mit der Neonazi-Demonstration vom Februar. Lediglich 30 Delikte werden Rechtsextremen vorgeworfen. *Christiane Kohl*

Amoklauf der Justiz

Linksfraktionen in Sachsen und Thüringen kündigen parlamentarisches Nachspiel aufgrund von Razzia bei Jugendpfarrer an. Bischöfin bezeichnet Durchsuchung als »skandalös«

Von Markus Bernhardt

Die Kritik an der staatlichen Repression, die sich aktuell gegen Antifaschisten richtet, weil sie am 19. Februar mittels friedlicher Sitzblockaden einen Aufmarsch von Neonazis in Dresden verhinderten, reißt nicht ab. Vor allem bei der evangelischen Kirche sorgt die am Mittwoch von der Polizeidirektion Dresden durchgeführte Razzia in kirchlichen Räumen sowie der Privatwohnung des Jenaer Jugendpfarrers Lothar König (jW berichtete) für Entsetzen. »Die Durchsuchung des Dienstzimmers von Stadtjugendpfarrer König und die Beschlagnahmung von Datenträgern, die dienstliche und damit auch seelsorgerische Belange betreffen können, ist skandalös«, konstatierte Ilse Junkermann, Landesbischöfin der Evangelischen Kirche.

Unter dem Vorwurf des »aufwieglerischen Landfriedensbruchs« – und ohne das Thüringer Innenministerium auch nur zu informieren – hatten die sächsischen Beamten die Räumlichkeiten des Pfarrers durchsucht und einen Computer, verschiedene CDs sowie den Kleinbus der »Jungen Gemeinde Jena«, die Teil der evangelischen Kirche der Stadt ist, beschlagnahmt.

André Hahn, Vorsitzender der sächsischen Linksfraktion, dessen Immunität als Landtagsabgeordneter aktuell auf Antrag der Dresdner Staatsanwaltschaft wegen seiner Beteiligung bei antifaschistischen Protesten im Februar vergangenen Jahres aufgehoben werden soll, kündigte am Freitag ein parlamentarisches Nachspiel für die aus FDP und CDU bestehende sächsische Staatsregierung an. So hätten sowohl die von ihm geführte als auch die Linksfraktion in Thüringen aufgrund der durchgeführten Durchsuchungsaktion eine Sondersitzung der jeweiligen Verfassungs- und Rechtsausschüsse der Landtage beantragt.

»Die Steigerungsformen, die wir in bezug auf staatsanwaltschaftliche Maßnahmen um den 19. Februar diesen Jahres in Dresden erleben müssen, gleichen einem Amoklauf«, stellte Klaus Bartl, rechtspolitischer Sprecher der Linksfraktion, im Gespräch mit jW klar. Die staatliche Repression lasse »darauf schließen, daß die Dresdner Staatsanwaltschaft längst den Boden der Rechtsstaatlichkeit verlassen hat«, so der Landtagsabgeordnete weiter.

In Sachsen wird vermutet, ein Anfang August im Spiegel erschienener Artikel, in dem es um die demokratische Verfaßtheit Sachsens ging, könnte die Razzia bei Pfarrer König ausgelöst haben. Der 57jährige hatte in dem Nachrichtenmagazin kritisiert, daß die sächsische Justiz ihn als Mitglied einer »Antifa-Sportgruppe« ausfindig gemacht haben wolle, die mit Gewalt gegen Neonazis vorgegangen sein soll, was König, der unter deutlichen Gewichtsproblemen und damit verbundener schlechter Kondition leidet, selbstredend bestreitet.

Unterdessen erhalten die Opfer der staatlichen Überwachungsmaßnahmen und Repression in anderen Bundesländern keinerlei Unterstützung seitens der dortigen Landesregierungen. In Nordrhein-Westfalen antwortete etwa Landesinnenminister Ralf Jäger (SPD) auf eine von der

Linken-Abgeordneten Anna Conrads eingereichte Kleine Anfrage, daß die SPD-Grünen-Landesregierung zu »Ermittlungsverfahren, die in anderen Ländern geführt werden, inhaltlich keine Stellung« nehme. Betroffene der nahezu flächendeckenden Dresdner Überwachungsmaßnahme könnten schließlich »als individuelle Grundrechtsträger zur nachgehenden Kontrolle den insoweit zuständigen sächsischen Datenschutzbeauftragten und weitere informelle Rechtsbehelfe in Anspruch nehmen«, so Jäger.
(<http://www.jungewelt.de/2011/08-13/059.php>)

Die Welt

Autor: Sven Heitkamp | 06:03

Empörung über die Razzia beim Pastor

Seit Sachsens Polizei die Räume eines Thüringer Pfarrers durchsuchte, streiten die beiden Länder, und die Kirche ist entsetzt

Jenas Jugendpfarrer König wird Aufwiegelung bei den schweren Krawallen gegen den Dresdner Neonazi-Aufmarsch vorgeworfen

Die Landesbischöfin sieht das Seelsorge-Geheimnis bedroht, Grüne verlangen Aufklärung von der Bundesregierung

Die hohe Geistlichkeit verzichtet normalerweise auf scharfe Kritik an staatlichen Behörden. Jetzt aber scheint Ilse Junkermann, Bischöfin der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands, der Kragen geplatzt zu sein. "Bestürzt" sei sie über das Vorgehen der sächsischen Polizei gegen den Jenaer Stadtjugendpfarrer Lothar König. Die Durchsuchung seiner Dienstwohnung Mitte der Woche und die drohende Verletzung des Seelsorge-Geheimnisses seien "skandalös". Die Präsidentin ihres Landeskirchenamts, Brigitte Andrae, wird daher Beschwerde beim sächsischen Justizminister Jürgen Martens (FDP) einlegen. Es gehe um die Frage der Verhältnismäßigkeit, es sei "höchst bedenklich", wenn der verfassungsrechtliche Vertrauensschutz für kirchliche Räume und Amtsträger missachtet werde, kritisiert Andrae. Ein ungewöhnlicher Vorgang mit einer ungewöhnlichen Vorgeschichte.

Am Mittwochmorgen gegen sechs Uhr hatten etwa 30 Ermittler der Staatsanwaltschaft Dresden sowie sächsische Polizisten die Amts- und Wohnräume des Theologen König im thüringischen Jena durchsucht. Sie beschlagnahmten einen Computer, Unterlagen und seinen Dienstwagen, einen alten blauen VW-Bus. König selbst wandert zurzeit in Tirol. Seine Tochter Katharina, sie ist Landtagsabgeordnete der Linken, sowie zwei Anwälte mussten den Beamten tatenlos zusehen. Einwände wurden ignoriert, sagt Katharina König. Die Staatsanwaltschaft Dresden sieht sich aber im Recht. Sie wirft dem Pfarrer "aufwieglerischen Landfriedensbruch", Nötigung und Strafvereitelung vor.

Als Fahrer und Halter des Kleintransporters soll er während der schweren Krawalle gegen den Neonazi-Aufmarsch am 19. Februar in Dresden zu Gewalt aufgerufen haben. Aus der Lautsprecheranlage auf dem Autodach sei in einer Menschenmenge unter anderem gerufen worden: "Deckt die Bullen mit Steinen ein", berichtet der Dresdner Staatsanwalt Jan Hille. Daraufhin seien mehrere Steine auf Polizeiwagen geflogen. König soll sogar versucht haben, ein Einsatzfahrzeug von der Straße zu drängen, sowie andere Verdächtige in sein Auto aufgenommen haben. "Wir gehen davon aus, dass Herr König das Fahrzeug geführt hat", sagt Hille.

König behauptet das Gegenteil: Er habe mit dem "Lauti", wie das Gemeindefahrzeug genannt wird, seinen Einfluss geltend machen und zur Deeskalation beitragen wollen. Eigens dazu habe er während der wütenden Proteste eine Kundgebung angemeldet und genehmigt bekommen. Das Wort "Bullen" benutze er nicht, schließlich wolle er keine Feindbilder pflegen. Der Konflikt hat mittlerweile auch die Bundesregierung erreicht: Katrin Göring-Eckardt (Grüne),

Bundestags-Vizepräsidentin aus Thüringen und Präses der EKD-Synode, reichte zusammen mit ihrer sächsischen Fraktionskollegin Monika Lazar einen Katalog mit Fragen an die Bundesregierung ein. Die beiden wollen wissen, ob es bei der Durchsuchungsaktion mit rechten Dingen zugegangen ist, wie es sich dabei mit der Wahrung des Berufsgeheimnisses von Seelsorgern verhielt und ob es öfters vorkomme, dass die Polizei des einen Landes (Sachsen) im anderen Land (Thüringen) autonom aktiv werde.

Über diese Frage, was nämlich die Sachsen in Thüringen zu suchen hatten, streiten nun auch die beiden Freistaaten. Thüringens Justizminister Holger Poppenhäger und Vize-Regierungschef Christoph Matschie (beide SPD) fordern eine Stellungnahme Sachsens. Es sei fraglich, ob "die Thüringer Behörden in erforderlichem Maße eingebunden waren". Sowohl die Innenminister wie die Justizminister beider Länder haben nach Informationen der "Welt" in der Sache inzwischen miteinander telefoniert.

Es habe einen richterlichen Beschluss für die Durchsuchung gegeben, betont man in Sachsen, und die Dresdner Staatsanwaltschaft weist darauf hin, dass sie das Recht habe, im gesamten Bundesgebiet tätig zu werden. Es sei weder üblich noch erforderlich, im Vorfeld Genehmigungen einzuholen. Die sächsische Polizei und Staatsanwaltschaft hätten aber den Leitenden Oberstaatsanwalt in Gera und die Polizei in Jena am Morgen der Durchsuchung informiert. Das Seelsorge-Geheimnis respektiere man, aber es sei möglich, gegen einen Geistlichen zu ermitteln, wenn ihm Straftaten vorgeworfen werden.

Allerdings kommt die Aktion zu einem pikanten Zeitpunkt. Erst Anfang des Monats hatte Pfarrer König im "Spiegel" die Ermittlungen der sächsischen Polizei nach den Dresdner Krawallen kritisiert. Besonders monierte er den auch sonst angeprangerten Umstand, dass die Polizei während der teils brutalen Auseinandersetzungen um die Neonazi-Demo auf beiden Seiten rund eine Million Handydaten erfasste. Sie führt nun mehr als 600 Ermittlungsverfahren, da über 100 Polizisten verletzt wurden. König sieht sich jedoch diffamiert, wenn er etwa der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verdächtigt werde. "Das sind SED-Methoden. Mein Glaube an den Rechtsstaat ist erschüttert", sagte der 57-Jährige dem "Spiegel". Wenige Tage später standen die Ermittler in Jena vor Königs Tür.

Der schwergewichtige Mann mit dem weißen Rauschebart hat schlimme Erinnerungen an Ermittler, freilich an Ermittler eines anderen Staates. Ende der 80er-Jahre Pfarrer in Merseburg, engagierte er sich mit seiner Jungen Gemeinde gegen die DDR-Staatsmacht und organisierte die Montagsdemos mit. Eine dicke Stasi-Akte mit Abhörprotokollen stammt aus jener Zeit. Streitbar ist König seither geblieben. Als Jugendpfarrer in Jena führte er nach dem Mauerfall die Junge Gemeinde, die auch zum Anziehungspunkt für Jugendliche der linken Szene wurde, und organisierte Aktionen gegen Rechtsradikale. 1997 wurde er bei einem Neonazi-Überfall schwer verletzt.

Auch Gerüchte über Drogenkonsum in der Gemeinde sind vor einigen Jahren aufgekommen, doch für eine Polizeirazzia aus diesem Grunde entschuldigte sich später der damalige Innenminister. Bei einer landesweiten Evaluation bekam seine Junge Gemeinde gute Noten, ihre Arbeit wird heute von den einst skeptischen Stadtoberen als führend anerkannt wie auch von Jurys bundesweit angesehener Preise. Seit 2004 sitzt König für eine Fraktion unabhängiger Bürger im Stadtrat.

In seinem Wahlwerbespot sieht man ihn mit dem VW-Bus durch Jena fahren. Der Spruch dazu: "Ein Mann und sein Auto kämpfen gegen das Unrecht." Nach dem Urlaub wird er rechtliche Schritte gegen Sachsen prüfen.

(http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article13542412/Empoerung-ueber-die-Razzia-beim-Pastor.html)

Razzia beim Stadtjugendpfarrer

Jenaer Geistlicher soll zu Gewalt gegen Polizisten aufgerufen haben / Hausdurchsuchung.

DRESDEN. Pfarrer Lothar König wanderte gerade durch Tirol, als am Mittwoch dieser Woche die sächsische Polizei bei ihm in Jena zur Razzia erschien. Mehrere Polizisten durchsuchten die Wohnung des 57-jährigen Stadtjugendpfarrers und beschlagnahmten schließlich seinen Transporter.

In Thüringen ist man empört: Bischof Hans Mikosch in Gera zeigte sich "sehr verwundert", der thüringische SPD-Abgeordnete Peter Metz schimpfte über "zweifelhafte Methoden" der sächsischen Justiz, Jenas Oberbürgermeister und zahlreiche Oppositionspolitiker versicherten dem Pfarrer ihre Solidarität. Die Leitung der Evangelischen Kirche denkt über rechtliche Schritte gegen die Durchsuchungsaktion nach.

Die Vorwürfe gegen König klingen unglaublich. Am 19. Februar kam es bei Demonstrationen gegen Neonazis in Dresden zu heftigen Ausschreitungen. Es gab Angriffe auf Polizisten, Brände wurden gelegt. Pfarrer König, so der Vorwurf der Justiz, soll damals per Lautsprecher von seinem Transporter aus gewaltbereite Jugendliche zu Angriffen auf Polizisten angestiftet haben. Angeblich soll er gerufen haben: "Deckt die Bullen mit Steinen ein." Pfarrer König bestreitet die Vorwürfe. "Ich benutze ganz selten das Wort Bullen", sagte er. Auch setze er sich dafür ein, Feindbilder abzubauen. Polizisten täten schließlich auch nur ihre Arbeit.

Seit Jahren fährt er von Demo zu Demo

Pfarrer König, von weitem zu erkennen an seinem gewaltigen Rauschebart, ist in und um Jena bekannt wie ein bunter Hund. Seit mehr als 20 Jahren leitet er mitten in der Universitätsstadt die Junge Gemeinde, einen Ort, der jedem Jugendlichen Tag und Nacht offensteht. Ein Jugendzentrum, das nicht allen gefällt, weil es in Jena auch als Punker-Treff gilt.

Königs Türen stehen allen offen – nur keinen Neonazis. Seit Jahren ist er in Thüringen auch für sein Engagement gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, für Demokratie und saubere Umwelt ein Begriff. Im Stadtrat sitzt König für die "Bürger für Jena". Seit Jahren fährt er auch mit seinem Transporter von Demo zu Demo. Ob Gorleben, Heiligendamm oder eben Dresden – das Neonazis wegen der Bombardierung im Zweiten Weltkrieg zu ihrem Wallfahrtsort machen wollen – Pfarrer König kommt und hält dagegen. Demonstranten wolle er unterstützen, sagte er jetzt, Blockierer nicht.

Königs Fall ist einer von vielen: Wegen der Ausschreitungen im Februar ermittelt die Polizei noch wegen 600 Delikten. König kritisiert, dass damals zu wenig Beamte eingesetzt wurden. Das sei eine Ursache für das Chaos gewesen, sagte er der Sächsischen Zeitung.

(<http://www.badische-zeitung.de/nachrichten/panorama/razzia-beim-stadtjugendpfarrer--48466105.html>)